Bauer Gerhard Allinger will Grund und Boden seiner Familie behalten.
//// Stanislav Jenis

Widerstand im Waldviertel

Seit langer Zeit schon nehmen Behörden Bauern **zwangsweise** ihre Gründe und verteilen sie neu – damit diese möglichst effizient produzieren. In Niederösterreich wehrt sich eine Gruppe Landwirte gegen die „Bevormundung durch den Staat“.

VON **ANDREAS WETZ**

Der raue Charme des Waldviertels ist im Lauf der vergangenen Jahre fast ein wenig chic geworden. Städter, die die Wirkung von Kälte, Hitze, Regen und Wind häufig nur noch durch die Fenster klimatisierter Büros kennen, entdecken ihre Liebe zur nördlichen Randregion Niederösterreichs, um eine knappe Stunde Autofahrt von Wien entfernt im Garten des Wochenendhauses den Dreck unter den Fingernägeln zu spüren. Die neu entdeckte Landliebe bringt auch Aufmerksamkeit in die verschlafene Region. Aufmerksamkeit, die einige Bauern für ihre Zwecke nutzen wollen.

Denn irgendwie kommt Gerhard Allinger nicht mehr weiter. Gemeinsam mit einer Gruppe anderer Bauern wehrt sich der gelernte Techniker seit fünf Jahren gegen die Pläne der Agrarbehörde des Landes. Sie will ihm seine Ackerflächen wegnehmen, sie mit anderen Grundstücken zusammenlegen, innerhalb der betroffenen Region die Grenzen der Parzellen neu ziehen und am Ende neue, größere, zusammenhängende Felder zuteilen. Auf Boden, der vorher womöglich einem ganz anderen gehörte. Wozu das Ganze gut sein soll?

> Zu kleinräumig, zu zerstreut und dadurch ineffizient sei seine Ackerfläche.

„Die Behörde glaubt, aus meinem und anderen Betrieben landwirtschaftliche Industrieunternehmen machen zu müssen“, wettert der 52-Jährige. Zu kleinräumig, zu zerstreut und dadurch ineffizient sei seine 24 Hektar umfassende Ackerfläche, die auf zahlreiche Parzellen verteilt ist. Daher müsse zusammengelegt, flurbereinigt, auf Altösterreichisch kommassiert werden. Damit die neu geordneten Felder ausreichend groß sind, um sie mit modernen Maschinen möglichst wirtschaftlich bearbeiten zu können. Die Grundzusammenlegung und Neuziehung der Grenzen passiert jedoch laut Flurverfassungsgesetz auch dann, wenn das ein vom Verfahren Betroffener nicht will. Allinger ist so ein Unwilliger. Aus gutem Grund, wie er meint.

Den Betrieb mit Viehhaltung hat Allinger von den Eltern übernommen, erzählt er in der Stube seines Hofes in der kleinen Ortschaft Moniholz. Über die Jahre hinweg steckte er einiges an Geld in Erweiterungen. Zusätzliche Futterwiesen wurden gekauft oder dazugepachtet, neue Maschinen angeschafft. „Jetzt, nach all der Arbeit, da ich den Hof endlich so habe, wie ich mir das immer vorgestellt habe, kommt die Behörde und sagt: ‚Du wirtschaftest nicht richtig, musst deshalb deinen Grundbesitz abgeben und erhältst dafür neuen.‘ Das ist doch Planwirtschaft, Bevormundung durch den Staat.“

2011 begann die Agrarbezirksbehörde in Moniholz mit der Zusammenlegung. Insgesamt geht es um etwa 400 Hektar, auf denen das Land die Grundgrenzen neu ziehen will, neue Wege, Rückhaltebecken für ausgeschwemmten Humus und Entwässerungen baut. Formal haben Betroffene die Möglichkeit, Anträge zur Ausscheidung ihrer Grundstücke zu stellen. Praktisch sagt die Behörde jedoch fast immer: Das geht nicht, weil ausgerechnet dieses oder jenes Grundstück für das Gesamtprojekt unabkömmlich sei.

Kein Konzept. Im Fall Allinger (und neun weiteren) erfolgte das Nein jedoch derart pauschal und unbegründet, dass das Landesverwaltungsgericht der Behörde – gelinde gesagt – eine Kopfwäsche erteilte. Demnach lagen kein Konzept und keine schlüssige Begründung dafür vor, warum die Grundstücke von Allinger und seinen Mitstreitern unabkömmlich seien. Nach fünf Jahren Streit trug der Richtersenat dem Amt in zehn gleich lautenden Beschlüssen auf, von vorn zu beginnen.

Über Sinn und Unsinn von Zusammenlegungen gibt es gerade im Waldviertel unterschiedliche Meinungen. Dietmar Hipp zum Beispiel sieht darin eher den Fortschritt. Er ist nicht nur Landwirt, sondern als Obmann der Bezirksbauernkammer Zwettl auch der örtliche Interessenvertreter. Gerade im Waldviertel, erzählt er, seien immer mehr Flächen in den vergangenen Jahren in den Besitz landwirtschaftsferner Eigentümer geraten. „Daher ist es sinnvoll, die vielen verstreuten Kleinstflächen zu größeren Einheiten zusammenzufassen.“ Schließlich arbeite hier heute niemand mehr mit einem Ochsengespann.

Bei den Bauern von Moniholz steigt bei dieser Argumentation spürbar der Blutdruck. Gemeinsam sehen sich die Allingers, Scheichls, Müllers und Hafners als Freiheitskämpfer für ihren Stand. Einige Kilometer nördlich von Zwettl, in Groß Globnitz, haben sie mit den Biopionieren vom Kargl-Hof, den Altbauern Hans und Maria Kargl sowie der Jungchefin Lisa, weitere Verbündete gefunden. Denn auch in Groß Globnitz will die Behörde die Grenzen neu ziehen. Und bekam es zuletzt mit wütenden Bürgern zu tun. Die Kargls müssten nämlich Ackerflächen abgeben, die sie seit 35 Jahren biologisch aufgebaut haben. Ihre bisherige Arbeit wäre verloren. Das stört vor allem die Käufer ihres Bio-Gemüsekistl. Inzwischen haben 7343 Personen eine Online-Petition gegen die Grundzusammenlegung unterschrieben.

Doch den Kommassierungsgegnern geht es um mehr. „Diese Verfahren sollen uns in die Abhängigkeit der Agrarkonzerne treiben“, sagt Hans Kargl inmitten seines Hofes, dessen Gebäude und Gründe sich seit über 200 Jahren in Familienbesitz befinden. Seine Argumentationskette klingt vielleicht extrem, von der Hand zu weisen ist sie jedoch nicht. Große Felder ohne die für das Waldviertel typischen Begrenzungen (Reine) fördern nämlich unweigerlich Erosion durch Wind und Regen. Der weggespülte Humus erfordert jedoch künstliche Bearbeitung des verbleibenden Bodens. Die Bauern müssen Dünger, Pflanzenschutzmittel und Maschinen der Konzerne kaufen. Am Ende reiche es auch mit Förderungen oft nicht zum Überleben. Dann komme schließlich ein Großbauer, eine Genossenschaft, oder wer auch immer, und kaufe die einst in Streubesitz befindlichen Flächen auf, so Kargls Schluss.

Unabhängigkeit. Ganz nebenbei werde die typische Landschaft der Region zerstört. „Unabhängigkeit von Staat und Konzernen ist aber wichtig“, sagt Kargl. Das vergesse man in Friedenszeiten nur allzu schnell. Unabhängigkeit, die viele Eigentümer im Zuge von Grundzusammenlegungen jedoch aufgeben müssten. In Groß Globnitz plant demnach ein Viertel aller Eigentümer, im Zuge des Verfahrens ihre Felder zu verkaufen, weil sie sie heute schon nur noch verpachten. „Es ist nicht gut für eine Gesellschaft, wenn sich Eigentum immer mehr auf einige wenige konzentriert.“ Wer Grundstücksgrenzen optimieren, seine Flächen vergrößern will, der könne das auch privat und ohne Behörden tun.

Dabei bezweifelt man in den Widerstandsnestern des Waldviertels offen, dass die Verfahren gerade in dieser Region die Landwirtschaft wirtschaftlicher machen. In Moniholz würden durch die Neuordnung bis zu 20 der 400 Hektar Verfahrensfläche verloren gehen, weil etwa die zusätzlich nötigen neun Kilometer Güterwege, Ökologisierungsmaßnahmen, Rückhaltebecken und künstlichen Entwässerungen natürlich auch Platz brauchen. Und Geld kosten, das die Eigentümer obendrein selbst aufbringen müssen. Allein das neue Wegenetz, erzählt Andreas Hafner, der die Bauern aus Moniholz juristisch unterstützt, würde 900.000 Euro kosten.

> Gemeinsam sehen sich die Bauern als Freiheitskämpfer für ihren Stand.

Zumindest den Beamten der Behörden sind freilich die Hände gebunden. Sie sind verpflichtet, tätig zu werden, sobald nach Ansicht eines Sachverständigen ungünstige Grundstücksstrukturen vorliegen. Eine Zwickmühle, die die Landesregierung allerdings auch nicht auflösen will. Der verantwortliche Agrarlandesrat, Stephan Pernkopf, sieht keinen Grund, am Landesgesetz etwas zu ändern oder auf Bundesebene anzuregen, das den Rahmen gebende Grundsatzgesetz aus dem Jahr 1951 anzupassen, denn: Nur mit solchen Verfahren sei es derzeit möglich, „Mängel in der Agrarstruktur zu beseitigen, um letztlich auch landwirtschaftliche Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu erhalten“.

Die Agrarbezirksbehörde hat nun Anfang März den betroffenen Bauern einen ersten Entwurf geschickt, wie sie sich die Felder rund um Moniholz künftig vorstellt. Die Chance, dass Gerhard Allinger die Futterwiesen für seine Kühe behalten darf, ist gering. Gemeinsam mit seinen Mitstreitern hofft er nun auf den Europäischen Gerichtshof. Stark vereinfacht gesagt drängen die Bauern darauf, dort ein Verfahren über eine Vorabentscheidung zu erwirken. Die Bauern sind nämlich der Meinung, dass Flurbereinigungen schon seit langer Zeit der Agrarpolitik der EU widersprechen. ////

FAKTEN

Das Flurverfassungsgesetz regelt die Zusammenlegung von Grundstücken und die Neuziehung der Grenzen. Die neu geordneten Felder sollen ausreichend groß sein, um sie mit modernen Maschinen möglichst wirtschaftlich bearbeiten zu können.

Betroffene haben formal die Möglichkeit, Anträge zur Ausscheidung ihrer Grundstücke zu stellen. Praktisch erteilt die Behörde oft Absagen, weil die Grundstücke für das Gesamtprojekt unabkömmlich seien.

Gerade im Waldviertel sehen viele Bauern die Neustrukturierung skeptisch – aus Gründen der Umwelt, der Wirtschaftlichkeit und auch der Unabhängigkeit.